

rechts, nicht links, sondern vorn«, überall anschlussfähige Ökos ohne Verankerung in egalitär und emanzipatorisch geprägten Weltanschauungstraditionen, all diese Versuche sind gescheitert. Sie waren einmal stärker, haben aber nie die Mehrheit der Partei repräsentiert. Das gilt aber ja auch für die ganze Gesellschaft. Mit dem Ende des Neoliberalismus und spätestens nach der Lehman-Pleite sind viele der Dinge, die lange Zeit *en vogue* waren, als falsch und fragwürdig erkannt worden.

NG/FH: Zum Schluss eine Strategiefrage: Es gibt einerseits zwischen Rot und Grün große programmatische Übereinstimmungen, gerade im Bereich der sozialen Gerechtigkeit. Andererseits ist es regelrecht verpönt, von einem rot-grünen Projekt zu sprechen. Was ist daran eigentlich so abseitig?

Trittin: Ich bin aus zwei Gründen gegen die Proklamation eines rot-grünen Projekts. Das Eine ist die Erfahrung: Man ist damals in die erste bundesweite Regierungsbeteiligung hineingegangen und konnte die wirklichen Widersprüche, die es zwischen beiden Parteien gegeben hatte, nicht klar benennen. Man hat falsch harmonisiert. Und als guter Linker weiß ich, dass man das nicht tun sollte. Das Zweite ist etwas Pragmatisches: Wenn Sie nicht wollen, dass der IG-BCE-Kollege in der Lausitz wegen der doofen Grünen bei der Wahl zu Hause bleibt und wenn Sie nicht wollen, dass der Öko, weil er den Steinbrück nicht mag, sagt: »Dann gehe ich gar nicht hin«, dann ist es hilfreich, wenn jeder erst einmal für sich kämpft. Desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zusammen reicht. ■

Franz Walter

Die Flammen lodern nicht mehr

Früher bildete die Empörung über erfahrene Deklassierung und Demütigung den Nährboden der Arbeiterbewegung. Heutige Sozialdemokraten haben meistens keine soziale Ausgrenzung mehr erlebt, erst recht nicht die Funktionäre. Die SPD sei eine Partei hauptsächlich der etablierten Arbeitnehmer und Pensionäre geworden, die Rolle des Sprechers der Entrechteten eine bloße Pose. Unser Autor meint, Antworten auf die neuen harten Konflikte, die der Neokapitalismus erzeugt, seien von der SPD kaum mehr zu erwarten.

Franz Walter

(* 1956) ist Professor für Parteienforschung an der Universität Göttingen. Zuletzt erschienen: *Von der Emanzipation zur Meritokratie* (zus. mit Stine Marg) und *Mythen, Ikonen, Märtyrer* (zus. mit Felix Butzlaff).
fwalter1@gwdg.de



Deutschland in diesen eineinhalb Jahrhunderten ungeheuer verändert, mehrere politische Systemwechsel erlebt, weitreichende gesellschaftliche Wandlungen erfahren, Depressionen und Inflationen durchlitten, Wanderungsbewegungen, Vertreibungstrecks und Migrationsströme gesehen. Insgesamt hat sich Deutschland währenddessen von einem noch deutlich agrarisch dominierten Land zu einer Wissensgesellschaft entwickelt. Aber das hat die Sozialdemokratie nicht aus dem Spiel geworfen.

Auf 150 Jahre Geschichte kann eine Partei mit Fug ein wenig stolz sein. Denn um eine pure Selbstverständlichkeit handelt es sich nicht. Schließlich hat sich

Denn Dünger für diese Partei fand sich lange reichlich. Die Sozialisten lebten über 100 Jahre in einer für sie typischen Spannung zwischen den unzulänglichen Realitäten der gegebenen Lage und den Wunschvorstellungen über eine bessere Zukunft, kurz: zwischen Sein und Sollen. Diese Spannung, die Orientierung auf das Noch-Nicht, erzeugten Motiv und Antrieb für linkes Engagement. So nährte sich der ursprüngliche Impetus der Sozialdemokraten aus der anfänglichen Not der industriellen Unterschicht. Der heilige und gerechte Zorn der Pioniere der Arbeiterbewegung zog seinen Antrieb aus der Demütigung der Lohnarbeiterklasse in ihrer Entstehungsphase. Wut, Empörung, Hass – und nicht unbedingt Barmherzigkeit oder ein gutes Herz – bildeten den Humus der sozialistischen Solidarität. Und aus der Leidenserfahrung hatte sich das Solidaritätsziel der Sozialdemokraten hergeleitet: die Ursachen der Not zu beseitigen, die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Subalternität der Handarbeiterklasse aufzuheben, zäh, schrittweise, mit langem Atem. Zug um Zug milderten sich die sozialen Übel, stellten sich sozialdemokratische Teilerfolge ein. Es schwanden die Ausgangsbedingungen, die den Sozialdemokraten Schwung und Leidenschaft mit auf ihren historischen langen Weg gegeben hatten.

Kurzum: Die Sozialdemokraten konnten in diesem Prozess nicht so bleiben, wie sie ursprünglich begonnen hatten, da ihr Tun eben nicht ohne Erfolg geblieben war. Die Aktivisten der Sozialdemokratie kletterten im Laufe der für sie keineswegs erfolglosen Emanzipationsbemühen einige Sprossen höher, gewiss nicht ganz nach oben, aber doch ein gutes Stück. Als Outcasts, die nur ihre Ketten zu verlieren hatten, brauchten sich sozialdemokratische Aktivitas im Fortschritt besonders der bundesdeutschen Gesellschaftsgeschichte nicht zu fühlen. Sozialdemokraten propagierten infolgedessen bald nicht länger den militanten Klassenkampf, sondern Ver-

söhnung statt Spaltung, und partnerschaftliche Inklusion statt antagonistische Ausgrenzung.

Doch wer versöhnt ist, integriert und pazifiziert, kann schwerlich noch in vernehmlicher Rage die rote Fahne auf den Barrikaden schwingen. Und er tut es auch nicht. Er predigt Mäßigung, nicht Konflikt. Er sucht den Ausgleich, meidet die Polarisierung. Im Grunde war das ja Anliegen und Ziel der Partei: Die Dinge so zu verändern, dass Anlass für Empörung, Bitterkeit und Erregung in den unteren Klassen nicht mehr bestand. Als man diesem Ziel in den 60er/70er Jahren näher kam, veränderte sich die Sozialdemokratie. Ihre Flammen loderten nicht mehr, denn das Brennmaterial selbst erlebter sozialer Ausgrenzung und politischer Ächtung stand – Bebel und Brandt war es gedankt – kaum mehr zur Verfügung. Der kollektiven Solidarität war der düngende Boden abhanden gekommen.

Insbesondere in den 70er Jahren, dem nur vermeintlich »roten Jahrzehnt«, ging einiges zu Ende – nicht zuletzt die stolze Geschichte der *alten* Sozialdemokratie des Fabrikzeitalters. Aus den Zentren des ökonomischen Fortschritts, die zugleich rund 100 Jahre lang sozialdemokratische Heimat bildeten, wurden Stätten der sozialen Nachhut, Orte der Herausgefallenen und Abgehängten. Etliche Traditionsfirmen aus der über 100-jährigen Industriegeschichte Deutschlands verschwanden von der Bildfläche. Ganze Arbeitergruppen lösten sich in diesem Prozess mit auf. Der »Malocher«, jener in der sozialistischen Ikonografie visuell veredelte athletische Industriearbeiter mit kräftigen Muskeln und verlässlicher gewerkschaftlich-sozialistischer Gesinnung, trat ab, sukzessive zunächst, aber eben doch unaufhaltsam. Die Arbeiterklasse spaltete sich auf, einerseits in die Gewinner, welche die sozialdemokratisch forcierten Bildungsreformen zupackend nutzten und ihre Aufstiegschancen wahrnehmen; andererseits in die neuen Verlie-

rer, welche an den Bildungsanstrengungen nicht teilnahmen oder daran scheiterten. Die aufgestiegenen Gewinner ließen im weiteren biografischen Prozess die zurückfallenden Verlierer in den Arbeiterquartieren durch Fortzug allein zurück, stifteten somit weder politischen Sinn noch organisatorischen Halt in den früher homogenen Arbeiterquartieren, in denen dadurch Apathie an die Stelle von Selbstbewusstsein und demonstrativ herausgestellter Gruppenzugehörigkeit trat. Die Klassenbasis des Handarbeitersozialismus zerbrach, durch den Aufstieg der einen und den Abstieg der anderen.

Vom Kohlenstaub zur Klarsichtfolie

Zunächst hatten die Sozialdemokraten zu verdrängen versucht, wie sehr sie sich im Zuge dieses Prozesses veränderten. Sie waren in ihrem Kern nicht mehr Partei der industriellen Arbeiterschaft, welche über 100 Jahre als Klasse mit einer historischen Mission, als Subjekt der Emanzipation und Befreiung galt. Mit dem Verlust des Subjekts und der Zukunftsgewissheit schwand der optimistische Grundzug, und es zog ein Stück Misanthropie in die Partei ein. Die Kernklientel der SPD bestand nicht mehr aus Bergleuten, Zecharbeitern, Maurern und Druckern. Das Herz der Partei schlug nicht mehr im Ruhrgebiet oder in den Häfen und auf den Werften. Die Organisation roch keineswegs mehr nach Kohlenstaub und Maschinenfett, sondern nach Büro, Klassenzimmer und Klarsichtfolie. Die Sozialdemokratien – nicht nur in Deutschland, sondern überall zwischen Oslo und Paris, von London bis Berlin – waren zu Parteien des öffentlichen Dienstes geworden. Als in den Nuller-Jahren die Ursachen für Zorn zurückkehrten, konnten die Sozialdemokraten nicht mehr Sprachrohr empörter Emotionen und Aktionen des Aufruhrs sein. Denn sie gehörten nicht

zu den ersten Opfern der neokapitalistischen Härten. Sie zählten, als Regierungspartei, zu den politischen Mitvollstreckern der neuen sozialen Ungleichheiten. Dieser Rollenwechsel sozialdemokratischer Akteure, durch erfolgreiche Emanzipation ihrer selbst, behagte ihnen nicht. Und sie wehrten sich einige Jahre dagegen, die Transformation einzugestehen. Besonders in Wahlkämpfen traten sie gern wieder mit dem Gestus des Sprechers der Entrechteten auf, handelten dann allerdings gouvernemental ganz anders – und provozierten so zyklisch tiefe Enttäuschung bei den Zugehörigen des »neuen Unten«.

Mittlerweile hat die Sozialdemokratie den soziologischen und ideologischen Wandel hinter sich, wenngleich sie damit nach wie vor eher gehemmt oder mit sentimentalischen Rückwärtsgewandtheiten umgeht. In England etwa hatte sich, nach der Niederlage von »New Labour«, im Jahr 2011 eine neue, anfangs viel beachtete Strömung entwickelt, die sich »Blue Labour« nannte und welche die zur Zeit Blairs verloren gegangene »Familiengeschichte« der Partei als Arbeiterbewegung mit eigener Kultur, fester Zugehörigkeit, kommunaler Verwurzelung und genossenschaftlich selbstversorgenden Unterbau zu reaktivieren versuchte. Man tadelte den Kotau von Tony Blair, Peter Mandelson und Gordon Brown gegenüber dem globalen Kapitalismus und setzte stattdessen auf die Sprache, die Identitäten und die Heimat der kleinen Leute. Labour, so John Rutherford, neben Maurice Glasman einflussreichster Ideellieferant für Blue Labour, solle »kreativer Sinngeber der Menschen werden, der gemeinschaftliche Poet, der die gemeinsamen Werte eines alltäglichen Lebens in neue Lebensweisen umarbeitet«. Zugleich aber kritisierte Glasman die Gewerkschaften scharf dafür, dass sie auch die Interessen der ungelerten, der »schlampigen« Arbeiter vertraten. Und er warb für Arbeitsplätze, auf die englische Arbeiter, nicht aber Migranten, einen Anspruch haben sollten.

Keine Regeneration durch die Jugend

Weder der romantische Blick auf die Arbeiterkultur des 19. Jahrhunderts noch ein linkspopulistischer Nationalprotektionismus ist für Sozialdemokraten im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wohl eine realistische bzw. wünschenswerte Richtschnur. Die Sozialdemokraten können 2013 nicht mehr »alte SPD« spielen. Für eine Kehrtwende hat sich die SPD sozial, personell und programmatisch zu sehr und unter allzu großen Schmerzen verändert. Die gewandelte SPD ist jetzt eine gemäßigt linksliberale, gemäßigt kosmopolitische Partei der gemäßigt halblinken Mitte der deutschen Gesellschaft. Die Steinbrück-, Weil-, Scholz-, Kraft-, Albig-Partei ist zur politischen Agentur integrierter Arbeitnehmer sowie Rentner und Pensionäre geworden. Zu einer robusten antikapitalistischen Strategie, zu einem harten Konflikt mit den bürgerlichen Globalisierungs-

eliten – was alles ungeheuer viel mehr bedeutet als die Kleinbürgerrhetorik von der Reichensteuer – ist die SPD hingegen weder fähig noch wirklich willens. Insofern sollte sie auch erst gar nicht so tun, als könne sie diese Karte jederzeit wieder spielen.

Schließlich: In Deutschland steht fast die Hälfte der SPD-Wählerschaft außerhalb des Erwerbslebens – dies steht im deutlichen Gegensatz zu den Anhängern libertär-ökologischer Parteien, die bis zu vier Fünfteln einen Beruf ausüben. Die sozialdemokratische Volkspartei von früher scheint sich in den nachfolgenden Generationen nicht mehr hinreichend zu regenerieren. Was wäre eigentlich ein sozialdemokratisches Exposé für neue Kohorten in neuen Soziallagen mit neuen Problemen auf neuen Konfliktfeldern? Die Sozialdemokraten wissen es nicht. Schlimmer noch: Man hat den Eindruck, dass sie hierzulande längst aufgehört haben, darüber noch mit Eindringlichkeit nachzudenken. ■

Thomas Meyer

Zwischenruf: Der utopische Überschuss der Sozialdemokratie

Eine Partei, die 150 Jahre Geschichte nicht nur »in alter Frische« überleben, sondern diese, den tief veränderten Umständen gemäß, mit neuem Elan und einer in der jetzigen Zeit mitreißenden Mission fortführen will, muss zum Wandel zur rechten Zeit fähig sein. Sie kann dabei freilich nicht dem Modell der »Quasikristalle« folgen, das es der Einfühlung des Betrachters überlässt, in den vielen divergenten Episoden, aus denen sich im Verlaufe der wechselnden Umstände von Opposition und Regierung ihre Praxis zusammensetzt, etwas Verbindendes zu erkennen. Die SPD hat sich, den Notwendigkeiten entsprechend, in ihrer langen Geschichte mehr als einmal



Thomas Meyer

(* 1943) ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung* und: *Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de

an Haupt und Gliedern erneuert. Von der sozialistischen »Zukunftsgesellschaft« der Gründungsjahre zum Grundwerte gestützten »Demokratischen Sozialismus« als stetigem Reformprozess Godesberger Typs führten erst Jahrzehnte währende Auseinandersetzungen. Die Nach-Godesberger